

Der Staatshaushalt für 1916.

Den Beschränkungen entsprechend, die die Kriegszeit der Anforderung neuer Posten im preussischen Etat auch für das neue Rechnungsjahr erforderlich gemacht hat, ist der Umfang des neuen Etats gegenüber dem früheren Jahre in nicht unerheblichem Maße verringert. In fast allen Kapiteln und Titeln macht sich das Fehlen neuer Stellen und neuer sachlicher Ausgaben bemerkbar. Neu hinzugekommen ist im äußeren Werk eine „Zusammenstellung der im Staatshaushalts-Stat für den Etat von 1916 bei den Einnahmen und dauernden Ausgaben enthaltenen Änderungen, soweit sie sachlich oder budgetrechtlich von Bedeutung sind.“ Diese Uebersicht erleichtert die Auffindung der im Ordinarium eingetretenen Veränderungen gegen den vorigen Etat in bedeutendem Maße.

Besentliche Neuforderungen enthält in der Hauptsache der

Etat der Bauverwaltung,

der einige nicht aufschiebbare Anforderungen vorsteht. Für den Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften in Ostpreußen hat sich die Einrichtung von Dienststellen notwendig gemacht, die unter Leitung des Oberpräsidenten in Königsberg die erforderlichen Maßnahmen für den Wiederaufbau scharfsteuern sollen. Zu diesem Zwecke ist ein Hauptberatersamt für die ganze Provinz und zunächst 16 Bauberatersämter für bestimmte abgegrenzte Gebiete der Provinz eingerichtet worden. Zur Bestreitung der Kosten dieser Ämter, denen je ein akademisch vorgebildeter Architekt und das entsprechende Baupersonal zugeteilt ist, wird ein Betrag von 250 000 Mark für das Rechnungsjahr 1916 in Ansatz gebracht.

Eine Reihe von Neuforderungen sind auch für die von der Bauverwaltung ressortierende Verwaltung der Binnenwasserstraßen notwendig geworden. 60 000 Mark werden als Beitrag zur Verlängerung des im Landkreise Thorn gelegenen Neßauer Deichs gefordert, 159 000 Mark zur Beschaffung eines neuen Eisbrechdampfers für die Weichsel, 50 000 Mark zur Errichtung eines neuen Nadelwehrs in der kanalisiertesten Oberstraße Cosel-Neißemünde. Zum Schutz der Ufer in den Gemarkungen Groß-Möllen, Bauernhufen, Pleußhagen und Altenhagen im Regierungsbezirk Köslin, deren Dünen bei den Stürmen der Jahre 1913 und 1914 stark in Abbruch geraten sind, werden von 275 000 Mark Gesamtkosten 40 000 Mark als erste Rate angefordert.

Zur Erneuerung des aus dem Jahre 1875 stammenden Bollwerks am linken Swine-Ufer zwischen der Königstraße und der Wasserstraße in Swinemünde, das in bedenklichem Maße baufällig ist und durch ein neues bis auf 7 Meter Tiefe gehendes Bollwerk ersetzt werden muß, werden 100 000 Mark angefordert.

Für Stettin-Bredow hat sich die Notwendigkeit einer neuen Längshelling (Patentauffschlepp) ergeben, die 114 000 Mark Kosten erfordert.

Im Anschluß an die seit 1896 ausgeführten Bauten zum Schutz der Halligen, für die insgesamt 4 800 000 aufgewendet wurden, sollen, da durch die Stürme der letzten beiden Jahre verschiedene Beschädigungen leichter baulicher Anlagen eingetreten sind, Ergänzungsarbeiten vorgenommen werden. Die Gesamtkosten sind auf 1 645 000 Mark geschätzt, von denen 100 000 Mark im Etat 1916 angefordert werden.

Wichtige bauliche Maßnahmen sind für den Emdener Außenhafen geplant. Hier werden für Herstellung eines zweiten

Fluttorpaares in der Neßlander Seeschleuse und den Bau eines zweiten Siels im Vorflutkanal bei Borkum insgesamt 1 330 000 Mark angefordert. Da die Arbeiten dringlich waren, sind sie schon im laufenden Rechnungsjahr begonnen worden. Der gesamte Betrag wird jetzt angefordert.

Auf Rorderney sollen zum Schutz der an das bereits erbaute Dünenstegwerk anschließenden Küstenstrecke, die besonders bei Nord- und Nordwestwind stark gefährdet ist, neue Schutzwerke angelegt werden. Von dem Gesamtbetrag von 390 000 Mark werden 120 000 Mark als erste Rate gefordert.

Für die schleswigsche Westküste soll, da die vorhandenen Segelfahrzeuge für den Betrieb im Winter nicht ausreichen, ein eiskühiger Seezeichendampfer erbaut werden, für den insgesamt 296 000 Mark angefordert sind.

Zur Förderung des Luftfahrwesens sind, wie in den früheren Jahren, wiederum 50 000 Mark angewiesen.

Für Berlin und Umgegend enthält der Etat der Bauverwaltung keinerlei Neuforderungen.

In der Eisenbahnverwaltung

Ist die Zahl der neu angeforderten Bauten gegenüber früheren Jahren außerordentlich gering. Die Errichtung einer Wagenwerkstätte am Bahnhof Schweidnitz, die 4,6 Millionen Mark insgesamt erfordert, hat sich infolge der Ueberlastung der Güterwagen-Werkstätten in den Bezirken Breslau und Kattowitz als notwendig herausgestellt. 200 000 Mark sind als erste Rate eingeseht.

Die Erweiterung von Bahnanlagen in Saalfeld, die in ihrer bisherigen Größe den ausgedehnten Betrieb nicht mehr bewältigen können, erfordert eine erste Rate von 150 000 Mark bei 1,8 Millionen Mark Gesamtkosten.

Die Hauptwerkstätte in Opelein muß erweitert werden, da nicht genügend gedeckte Ausbesserungsstände vorhanden sind. Hierfür ist eine erste Rate von 400 000 Mark aufgeführt.

Für den Bezirk der Eisenbahndirektion Berlin liegen keine Neuanforderungen vor; beendet werden im kommenden Rechnungsjahr die Wegeunterführungen auf der Strecke Grunewald-Wannsee und die Herstellung eines Stellwerks auf dem Potsdamer Güterbahnhof. Für eine Reihe anderer Kosten, so insbesondere die Erweiterung des Bahnhofs Friedrichstraße (1 Million), die Umgestaltung der Bahnanlagen bei Spandau und den Umbau des Bahnhofs Groß-Lichterfelde-Ost (je 300 000 Mark), werden weitere Raten angefordert.

Beim Etat des Kultus-Ministeriums

Ist an Neuforderungen hervorzuheben der Neubau einer Augen-Klinik für die Universität Münster, der im Zusammenhang mit der bevorstehenden Errichtung einer medizinischen Fakultät an dieser Universität steht. Hierfür sind 100 000 Mark angefordert. An der gleichen Universität soll das chemische Institut neu gebaut und apparativ ausgestattet werden, wofür 37 800 Mark gefordert werden.

Sonst sind von Neuforderungen im Reiche nur je 100 000 Mark für den Bau eines Realgymnasiums in Hagen i. Westf. und eines Gymnasiums in Hanau festzustellen.

Für Berlin wird die Errichtung einer stationären Abteilung bei dem Institut für orthopädische Chirurgie, das bisher nur zur Behandlung ambulanter Kranker eingerichtet war, mit einem Kostenaufwand von 52 000 Mark gefordert. Der Neubau der Augustaschule bedingt mit Rücksicht auf die Aenderung der ursprünglichen Pläne und die durch den Krieg verursachten Mehrausgaben für Materialien und Löhne eine weitere Ergänzungsrate von 153 100 Mark. Im übrigen sind für Berlin nur fernere Raten für bereits begonnene Bauten und wissenschaftliche Einrichtungen eingeseht.

Für die von der Königlichen Bibliothek sogleich nach Beginn des Krieges in Angriff genommene Sammlung der gedruckten literarischen und bildlichen Dokumente zur Geschichte des Krieges, die bisher aus den Mitteln der Bibliothek bestritten wurde, soll ein Betrag von 50 000 Mark, der im Interesse der Weiterführung dieser nationalen Aufgabe notwendig erscheint, bereitgestellt werden.

Im Etat der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung

Sind den veränderten Verhältnissen entsprechend die Verkaufspreise für einige Erzeugnisse, nämlich die aus den Kohlenwerken und Eisenhütten, erhöht worden, dagegen sind die Verkaufsmengen, hauptsächlich infolge des Mangels an Arbeitskräften, fast durchweg niedriger angefallen worden. Infolge dieser Maßnahmen treten bei den Kohlenwerken und den Eisenhütten Mehreinnahmen, bei den übrigen Staatswerken Mindereinnahmen gegen den Etat 1915 in Erscheinung, die sich aber insgesamt fast aufheben. Der Unterschied beträgt gegen 1915 nur 2,8 Millionen Mark.

Infolge der Angliederung der Berg-Akademie Berlin an die Technische Hochschule, die für den 1. Oktober d. J. in Aussicht genommen ist, werden die Besoldungen und sachlichen Ausgaben für die Akademie von diesem Datum ab bei der Technischen Hochschule angefordert. Der bei der Berg-Akademie entbehrlich werdende Professor der Eisenhüttenkunde ist als Hilfsarbeiter in das Handels-Ministerium berufen worden. Nach der Verlegung der Berg-Akademie in ihre neuen Räume in Charlottenburg werden die bisherigen Dienststräume für die Zwecke der Geologischen Landesanstalt hergerichtet, wofür 25 000 Mark angefordert werden.

Im Bereich der Bergverwaltung sind im übrigen für den Ausbau des Schachtes II der Delbrück-Schächte des Steinkohlenbergwerks bei Bielschowitz 100 000 Mark als erste Rate von 665 000 Mark und für Erweiterung der Kolerei und der elektrischen Zentrale des Steinkohlenwerkes bei Anurów im Bezirk Hindenburg (Zabrze) 770 000 Mark als erste Rate von 1 900 000 Mark eingeseht worden. Zum Ankauf und Instandsetzung von beschädigten Häusern in Staffurt werden, da eine endgültige Beruhigung der Oberflächenbewegung noch nicht eingetreten ist, neuerdings 200 000 Mark angefordert.